

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir FREIE WÄHLER kämpfen weiter gegen die unsozialen Straßenausbaubeiträge in Bayern. Denn trotz der Ankündigung der CSU, die Abgabe nun ebenfalls abschaffen zu wollen, haben bayerische Kommunen bisher keinerlei Rechtssicherheit. Daher haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag **„Straßenausbaubeiträge: Rechtssicherheit herstellen – es darf keinen Sinn machen, jetzt**



noch Straßenausbaubeitragssatzungen zu erlassen oder zu ändern“ die Staatsregierung diese Woche im Plenum zur Klarstellung aufgefordert. Wir haben schon lange vor diesem Szenario gewarnt, das in Neustadt bei Coburg stattgefunden hat. Aber die CSU bleibt Antworten schuldig, macht die verunsicherten Kommunalpolitiker in Neustadt lächerlich und lehnt unseren Antrag ab. Die Staatsregierung muss endlich Eckdaten liefern, wohin das künftige Gesetz denn gehen soll.

Erst diese Woche hatte Neustadt bei Coburg eine Straßenausbaubeitragssatzung verabschiedet. Begründung: Die Gemeinde will sich durch die „Strabs“ finanzielle Vorteile bei der künftigen Vergabe von Fördermitteln sichern. Die Satzung auch wirklich anwenden, wolle sie allerdings nicht. Dieser Umstand ist geradezu grotesk. **Wir müssen verhindern, dass sich Unsicherheit ausbreitet** und weitere Kommunen Straßenausbaubeitragssatzungen einführen oder ändern – allein in der Hoffnung, nach einer gesetzlichen Neuregelung davon zu profitieren. Deshalb muss die Staatsregierung schnellstmöglich klarstellen, dass solche taktischen Aktionen keinen Sinn machen – und diesen Sachverhalt den Kommunen auch mitteilen.

Ihr Joachim Hanisch
Kommunalpolitischer Sprecher
Sprecher für Regional- und Landesentwicklung

R ü c k b l i c k

An Grundschulen kann das Zwischenzeugnis in den Klassen 1 bis 3 durch ein **dokumentiertes Lernentwicklungsgespräch** ersetzt werden. Im aktuellen Schuljahr entschied sich ein Großteil der Grundschulen für diese Variante. Das freut uns FREIE WÄHLER sehr. Fragen zur individuellen Entwicklung, den Kompetenzen und Begabungen von Schülern lassen sich am besten durch persönliche Kommunikation zwischen Eltern, Kindern und Lehrkräften klären. Gleichzeitig lässt diese Form der Rückmeldung zu, dass auch die Sichtweisen von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern einbezogen werden können und bei Verständnisschwierigkeiten sofortige Rückfragen möglich sind. Dieser direkte Kommunikationsweg sollte unserer Ansicht nach vor allem in der Grundschulzeit noch stärker ausgebaut werden. Noten verstellen häufig den Blick für die individuelle Lernentwicklung des Kindes und können gerade bei leistungsschwächeren Kindern zu Versagensängsten oder Gefühlen der Überforderung führen.

Immer weniger Kinder und Jugendliche können schwimmen. Das ist das Ergebnis einer Sachverständigenanhörung zum Thema Schwimmfähigkeit im Bayerischen Landtag. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt: Bereits im Grundschulalter sollten Kinder grundsätzlich schwimmen lernen. Es gehört wie das Lesen und Schreiben zur Grundkompetenz. Die Staatsregierung hat hier versäumt, ausreichend Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Aber nicht nur Schulen stehen in der Pflicht – maßgeblich sind auch die Eltern in der Verantwortung. Um Familien dabei zu unterstützen, fordern wir FREIE WÄHLER ermäßigte Schwimmkurse für Kinder. Außerdem muss es Eltern ermöglicht werden, regelmäßig mit ihren Kindern ein Schwimmbad zu besuchen – in zumutbarer Entfernung im ländlichen Raum und zu familienfreundlichen Preisen in den Ballungszentren. Als großes Problem hat die Anhörung auch fehlende Schwimmbäder identifiziert. Das hatte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion schon vor längerer Zeit moniert. Drastisch abnehmende Schwimmkompetenzen bei Kindern und mangelnde Gelegenheiten zum Schwimmunterricht stehen in klarem Zusammenhang. Wir haben immer wieder gefordert, dass Schwimmbäder, deren Bau einst vom Staat bezuschusst worden ist, vor der Schließung bewahrt werden müssen.

Mitte Januar hatte der designierte Ministerpräsident Söder seine Schwerpunkte für das Jahr 2018 vorgestellt, darunter auch die **Idee einer bayerischen Grenzpolizei**. Dieser Plan ist reiner Etikettenschwindel. In der Sache geht es um eine Ausweitung der Schleierfahndung – und das fordern wir FREIE WÄHLER schon lange. Die Staatsregierung will durch neue große Ankündigungen mit wohlklingenden Namen von der verfehlten Personalpolitik bei der Polizei ablenken – das ist Wahlkampfpopulismus. Wir FREIE WÄHLER machen auf die Personaldefizite seit vielen Jahren aufmerksam und haben die Staatsregierung durch verschiedene Anträge zur Verstärkung und Intensivierung der Schleierfahndung aufgefordert. Unsere Anliegen wurden immer mit der lapidaren Begründung, dass dies ‚nicht notwendig‘ sei, abgetan.

Die Anzahl der wetterbedingten Schäden durch Starkregen, Überflutung und Stürme hat sich seit 1980 verdreifacht und die durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde steigen. Klimaschutz ist daher eine weltweite Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Wir FREIE WÄHLER wollen den **Klimaschutz in die Bayerische Verfassung** aufnehmen lassen und haben daher einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag eingebracht. Bisher ist in der Verfassung nur von Umweltschutz die Rede. Der Gesetzgeber hat im Moment nur einen allgemeinen Gestaltungsauftrag, ohne jedoch ein konkretes einzuhaltendes Schutzniveau beachten zu müssen. Um die Klimakatastrophe zu stoppen, ist aber tatsächlich ein knallhartes Management notwendig. Das funktioniert nur, wenn der Klimaschutz in der Verfassung steht, sich jeder darauf berufen kann und ihn jeder einhalten muss. Deutschland wird seine eigenen Klimaschutzziele absehbar nicht erreichen, daher soll zumindest Bayern alles Erdenkliche tun, um seiner Rolle als Vorreiter gerecht zu werden. Die CSU sieht das anders und hat unseren Gesetzentwurf in dieser Woche abgelehnt.

Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr. 13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434 / 901513
joachim.hanisch@fw-landtag.de
www.joachim-hanisch.de